



Politik

Anzeige gegen Karl Lauterbach – Verdacht auf Volksverhetzung

📅 25. Januar 2024 ⌚ 8,1 Minuten Lesezeit

von [Andrea Drescher](#)

Kein Vergleich scheint zu billig zu sein, wenn es darum geht, dem politischen Widersacher zu schaden. Ein angebliches Geheimgespräch wurde zur Wannseekonferenz hochstilisiert – ein Vergleich, den kein deutsches Medium erschreckt hat, denn er war überall zu lesen und rief hunderttausende Menschen zum Protest gegen die AFD auf die Straße. Jetzt hat dieser

unsägliche Vergleich erste rechtliche Konsequenzen.

Im Telegram-Kanal von Rechtsanwalt Markus Haintz ist zu lesen: *Ich habe @Karl_Lauterbach (https://twitter.com/Karl_Lauterbach (https://twitter.com/Karl_Lauterbach)) heute wegen des Verdachts der #Volksverhetzung angezeigt, da er m.E. ein angebliches Geheimgespräch, in dem es vermeintlich um „Deportationen“ ging, in einen unzulässigen Kontext mit der #Wannseekonferenz gebracht hat, um Stimmung gegen die @AfD (<https://twitter.com/AfD> (<https://twitter.com/AfD>)) zu machen.*

<p>Haintz legal Rechtsanwälts-GmbH Haintz legal Rechtsanwälts-GmbH • Schumannstraße 21 • 89555 Steinheim</p>		<p>HAINTZ legal Rechtsanwalts-GmbH Rechtsanwalt Markus Haintz</p>
<p>Staatsanwaltschaft [REDACTED] [REDACTED]</p>		<p>Schumannstraße 21 89555 Steinheim</p>
		<p>Tel. +49 731 85074331 Fax +49 731 94034998 kanzlei@haintz-legal.de</p>
<p>Bearbeiter: RA Markus Haintz</p>	<p>Unser Zeichen: 000035-24</p>	<p>Datum: 23.01.24</p>
<p>Sehr geehrte [REDACTED] hiermit erstatte ich</p>		
<h3>Strafanzeige</h3>		
<p>gegen den Bundesminister für Gesundheit, Professor Karl Lauterbach, wegen des Verdachts der Volksverhetzung gemäß § 130 Abs. 3 Strafgesetzbuch:</p> <p><i>(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verhamlost.</i></p>		
<p>Begründung:</p> <p>Lauterbach nimmt Bezug auf einen Correctiv-Bericht, dessen Kenntnis vorausgesetzt wird und auf ein vermeintliches „Geheimgespräch“ zur Planung einer Remigration von Ausländern und Migranten aus Deutschland. Bei diesem Treffen wurden angeblich „Deportationen“ von Ausländern und Migranten geplant, aber sicherlich kein Völkermord. Keiner der Anwesenden war in offizieller Funktion anwesend, anders als bei der Wannseekonferenz.</p> <p>Lauterbach nutzt die Bezugnahme auf die Wannseekonferenz und den dort beschlossenen industriellen Massenmord an 11 Millionen europäischen Juden dazu, um gegen die AfD und "andere Nazis" Stimmung zu machen. Der Post wurde bislang über 600.000-mal auf der Plattform X.com (ehemals Twitter) angezeigt.</p> <p>https://x.com/Karl_Lauterbach/status/1748647132054102461?s=20</p>		
<p><small>HAINTZ legal Rechtsanwälts-GmbH Sitz der Gesellschaft: Ulm Registergericht: Amtsgericht Ulm Handelsregister: HRB 160056 Umsatzsteuer-ID: DE306181362 Geschäftsführer: Markus Haintz Geschäftsjahr: Markus Haintz</small></p>	<p><small>Hauptredaktion HAINTZ legal Rechtsanwälts-GmbH RA Markus Haintz Schumannstraße 21 89555 Steinheim am Albuch</small></p>	<p><small>Tel: +49 731 85074331 Fax: +49 731 94034998 Mail: haintz@haintz-legal.de</small></p>
		<p>Seite 1 von 4</p>

Auf seinem Twitterkanal fielen die Reaktionen dazu unterschiedlich

aus, von scharfer Ablehnung bis 100%iger Zustimmung war alles dabei.

- Zum Glück hatte die AfD ihre Wannseekonferenz vor der Machtergreifung, sodass jetzt alle Bescheid wissen und sie gestoppt werden kann.
- Bravo! Wir hoffen alle, es wird nicht der einzige Tatbestand bleiben, für welchen er zur Rechenschaft gezogen wird. Vielen Dank!
- haintzMEDIA buhlt mal wieder um Aufmerksamkeit.
- Sehr gut! Vielen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz.

Wannseekonferenz 1942 vs. Potsdam 2023/24

In einer Villa am Wannsee, einem Gästehaus der Sicherheitspolizei, trafen sich am 20. Januar 1942 hochrangige Vertreter der Regierung und der SS, um die Organisation des Holocausts zu diskutieren. Es ging – böse ausgedrückt – um das Management des Projektes „Judenvernichtung“ und man klärte „wer, was, wann“ sowie die notwendigen Ressourcen. Die Beschlüsse wurden protokolliert und im Anschluss bekanntermaßen in Deutschland konsequent umgesetzt.

WERBUNG



Das indoktrinierte Gehirn: Wie wir den globalen Angriff auf

unsere mentale Freiheit erfolgreich abwehren

- Das indoktrinierte Gehirn: Wie wir den globalen Angriff auf unsere mentale Freiheit erfolgreich abwehren
- Produktart: ABIS BOOK
- Marke: Mental Enterprises
- Nehls, Michael (Autor)

22,90 EUR



 Bei Amazon kaufen

Über das Treffen in Potsdam sprachen u.a. der [Club der klaren Worte](https://www.youtube.com/watch?v=QHYoIYigqZU) (<https://www.youtube.com/watch?v=QHYoIYigqZU>) und die [Weltwoche.ch](https://weltwoche.ch/daily/er-war-dabei-ulrich-vosgerau-ueber-das-angebliche-geheimtreffen-der-afd-mit-neonazis-in-potsdam-faesers-viel-haerteren-abschiebe-vorhaben-und-warum-sich-die-medien-mit-luegengeschichten/) (<https://weltwoche.ch/daily/er-war-dabei-ulrich-vosgerau-ueber-das-angebliche-geheimtreffen-der-afd-mit-neonazis-in-potsdam-faesers-viel-haerteren-abschiebe-vorhaben-und-warum-sich-die-medien-mit-luegengeschichten/>) mit dem Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, einem der Teilnehmer der Veranstaltung. Dabei handelte es sich offensichtlich um ein privates Treffen mit einem Vortrag vor konservativen Unternehmern und Politikern, darunter lt. Vosgerau drei Vertreter der AFD. Bei dieser als „Geheimtreffen“ titulierten Veranstaltung präsentierte Martin Sellner sein bereits seit längerem am Markt befindliches Buch sowie das Buch „Remigration“, das in Kürze erscheinen soll.

Man mag von dem Mitglied der Identitären Bewegung aus Österreich halten, was man will: er spielt „nicht ganz in der gleichen Liga“ wie Regierungsverantwortliche und hochrangige Mitglieder der SS. Und von einer Vortragsveranstaltung mit Buchpräsentation gehen selten Entscheidungen und Beschlüsse aus, die dann national exekutiert werden.

Doppelstandards bei unsäglichen Vergleichen

Die Wannseekonferenz als unsäglicher Vergleich wurde bereits 2022 u.a. von der FAZ (<https://www.fr.de/meinung/kommentare/nazi-vergleiche-in-der-pandemie-geschichte-und-luege-91247031.html>) herangezogen, als es um Protest gegen den Impfzwang in Deutschland ging. Dort erfuhr man: *„Vor 80 Jahren trafen sich am Wannsee führende Nazis, um die ‚Endlösung der Judenfrage‘ zu besprechen. Wer heute Nazi-Vergleiche bemüht, sollte das Protokoll mal lesen.“*

Das stimmt. Die Medien, die sich nicht schämen, mit diesem Vergleich zu arbeiten, sollten sich dringend das [Protokoll \(https://www.ghwk.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Konferenz/protokoll-januar1942_barrierefrei.pdf\)](https://www.ghwk.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Konferenz/protokoll-januar1942_barrierefrei.pdf) zu Gemüte führen. Weiter bei der FAZ: *„Tun wir für einen Moment mal ahnungslos in Sachen Geschichte und stellen uns Folgendes vor: Die Regierung eines Landes hat sich entschieden, einen Teil der Bevölkerung zu vernichten. Im Geheimen treffen sich wichtige Funktionäre, um die Fortsetzung dieses Verbrechens, das längst im Gange ist, zu planen. Die Bevölkerungsgruppe, um die es geht, wird schon seit Jahren verfolgt, diskriminiert, an Leib und Leben bedroht. Jetzt aber soll der teuflische Plan der Vollendung zugeführt werden. Das ist keine Verschwörungstheorie, es ist die Geschichte der ganz realen Verschwörung eines verbrecherischen Regimes, das – unterstützt oder geduldet von großen Teilen der Mehrheitsgesellschaft – eine Minderheit zum Sündenbock für alle Übel der Welt erklärt hat.“*

2024 müssen Politiker und Journalisten wohl sehr ahnungslos sein, um den Vergleich überhaupt denken zu können. Denn schließlich ist das Protokoll lt. der FAZ: *„in seinem bürokratischen, die ‚Endlösung der*

Judenfrage‘ fast beiläufig benennenden Ton eines der erschreckendsten Dokumente des Holocaust,,.

Aber wehe, die „Falschen“ ziehen Vergleiche. „Corona-Impfgegner:innen vergleichen sich mit Jüdinnen und Juden – Massenmord, protokolliert als „natürliche Verminderung“: Kann, wer das liest, noch glauben, dass es im Deutschland des Jahres 2022 Menschen gibt, die sich wegen einer bestehenden Masken- und einer möglichen Impfpflicht mit den damals verfolgten, gequälten, vergasten Jüdinnen und Juden vergleichen?“

2022 vs. 2024

Aber gut, das war 2022. Vielleicht sollte die FAZ-Redaktion ihre eigenen Beiträge lesen, bevor sie – wie aktuell – Agenturmeldungen von der DPA kopiert und verbreitet. Am 21. Januar 2024 konnte man nämlich im gleichen [Medium unter der Überschrift \(https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/die-republik-steht-auf-das-hat-es-lange-nicht-gegeben-19464042.html\)](https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/die-republik-steht-auf-das-hat-es-lange-nicht-gegeben-19464042.html) : „Die Republik steht auf: «Das hat es lange nicht gegeben»“ lesen:

«Erinnerungen an die furchtbare Wannseekonferenz»

„Was aber ist es, das diesen Ruck plötzlich ausgelöst hat? In den Umfragen ist die AfD schließlich schon seit vielen Monaten stark. Es dürften die erschreckend konkreten Details sein, die dank der Recherchen des Medienhauses Correctiv über das Treffen von Rechtsradikalen in einer Potsdamer Villa im November bekannt geworden sind. Daran hatten auch mehrere AfD-Politiker sowie einzelne Mitglieder der CDU und der sehr konservativen Werteunion teilgenommen. Der frühere Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung in Österreich, Martin Sellner, hatte nach eigenen Angaben über «Remigration» gesprochen.“

Klage gegen die Verantwortlichen

Mit der Anzeige gegen Karl Lauterbach, der diesen unsäglichen Vergleich auf Twitter verbreitet hat, versucht Rechtsanwalt Markus Haintz, zumindest einen der vielen, die damit die Verbrechen der Shoa verharmlosen, zur Rechenschaft zu ziehen. Es müssten eigentlich viel mehr eine Anzeige kassieren. Dazu nahm ich Kontakt mit Markus Haintz auf, der sich die Zeit nahm, mir kurzfristig drei Fragen zu beantworten.

Was hat Dich veranlasst diesen Schritt zu setzen?

Ich halte die Äußerung von Karl Lauterbach nach der rechtlichen Würdigung des § 130 (3) * Strafgesetzbuch vieler Staatsanwaltschaften für strafbar. Es ist allerdings zu bedenken, dass die deutschen Staatsanwaltschaften politisch abhängig sind, vgl. § 146 f. Gerichtsverfassungsgesetz. Auch wenn es selten zu echten dienstlichen Anweisungen kommen dürfte, so funktioniert der vorauseilende Gehorsam der deutschen Staatsanwaltschaften doch hervorragend.

Der Volksverhetzungs-Paragraph eignet sich hervorragend zur oft willkürlichen Verfolgung der innerparlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition.

Während Regierungskritiker gerade mit dem Straftatbestand der Volksverhetzung massiv verfolgt werden, können sich diejenigen, die der Regierung angehören oder „auf Linie“ sind, praktisch alles erlauben. Strafanzeigen dieser Art helfen dabei, diese offenkundige Ungerechtigkeit für jedermann sichtbar zu machen. Die

Staatsanwaltschaften haben erhebliche Probleme den (falschen) Schein der Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Im Verfahren gegen Regierungskritiker kann man die Einstellverfügungen gegen Regierungsmitglieder und andere dann gut für die eigene Argumentation zu Gunsten unserer Mandanten nutzen.

Ich habe auch schon Bundespräsident Steinmeier wegen des Verdachts der Volksverhetzung angezeigt, das diesbezügliche Vorermittlungsverfahren läuft schon eine ganze Weile.

[* § 130 (3): Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.]

Wie beurteilst Du die Erfolgsaussichten?

Am Ende stellen die politisch abhängigen Staatsanwaltschaften Strafanzeigen gegen hochrangige Politiker der Regierungsparteien praktisch immer ein, mit teils abstrusen Begründungen, die ihrer eigenen Argumentation in anderen Verfahren regelmäßig widersprechen. Das gilt natürlich auch für Politiker der aktuellen CDU/CSU Opposition, die in den Bundesländern vielfach Regierungsverantwortung haben und bis vor zwei Jahren auch im Bund hatten.

Bei Verfahren gegen die nichtkonforme Opposition, also beispielsweise die AfD, ist das Interesse an einer Strafverfolgung erfahrungsgemäß um ein Vielfaches höher. § 130 Strafgesetzbuch in

der jetzigen Form gehört dringend reformiert, da er die praktisch willkürliche Bekämpfung einer (echten) Opposition durch politisch abhängige Staatsanwaltschaften ermöglicht.

Hast Du vor, auch gegen die verschiedenen Medien vorzugehen?

Strafanzeigen gegen Verantwortliche der Medien plane ich ebenfalls. Die diesbezüglichen Sachverhalte muss ich aber zunächst sichten, zumal es unzählige Äußerungen gab, welche juristisch zumindest bedenklich waren. Unabhängig davon ist anzumerken, dass die Medien für gewöhnlich juristisch etwas „geschickter“ agieren und formulieren als Politiker. Am Ende dürften solche Strafverfahren, aber nur dann zu Anklagen/Strafbefehlen führen, wenn sich der politische Wind nachhaltig drehen würde. Unabhängig davon halte ich nichts von Straftatbeständen, die sich politisch instrumentalisieren lassen.

Danke auf jeden Fall für Dein Engagement!

Rechtsanwalt Haintz geht damit einen wichtigen ersten Schritt. Wie man hört, sollen auch Teilnehmer an dem Treffen derartige Schritte planen, zumal es in – mindestens – einem mir bekannten Fall zu persönlichen Nachteilen für einen Besucher des Vortrags geführt hat.

Es darf nicht sein, dass derartige verharmlosende Vergleiche mit Wannsee-Konferenz und Deportationen der Juden keinerlei Konsequenzen nach sich ziehen, da sie den Regierenden bei der Bekämpfung ihrer politischen Gegner in die Hände spielen – während eine Auschwitz-Überlebende wegen „Verharmlosung der Shoa“ juristisch verfolgt wird, weil sie das Vorgehen der Regierung in

Sachen Impfung scharf kritisiert. Sollte dieser Vergleich jedoch ungeahndet bleiben, was nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu befürchten ist, demaskiert sich der deutsche „Rechts“staat erneut.

Der Kampf gegen die AFD scheint von den Regierenden nur noch mit Diffamierung und Hetze geführt werden zu können. Und die „willige“ deutsche Bevölkerung demonstriert wunschgemäß. Das erinnert mich an den Gedanken eines Facebook-Freundes:

*In der Demokratie demonstriert die Opposition gegen die Regierung.
In totalitären Systemen lässt die Regierung gegen die Opposition demonstrieren.*

Bildquelle Kazuyanagae, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge uns auf Telegram und GETTR

Der Nutzen einer AFD-Verbotdiskussion (<https://tkp.at/2024/01/16/der-nutzen-einer-afd-verbotdiskussion/>)

Petition für Verbot der Grünen explodiert (<https://tkp.at/2024/01/22/petition-fuer-verbot-der-gruenen-explodiert/>)

Keine Volksverhetzung aufgrund eines Vergleichs mit der Nazi-Zeit: Bayrischer AFD-Politiker erreicht Freispruch in dritter Instanz (<https://tkp.at/2024/01/21/keine-volksverhetzung-aufgrund-eines-vergleichs-mit-der-nazi-zeit-bayrischer-afd-politiker-erreicht->

freispruch-in-dritter-instanz/)